

Welche Anforderungen stellt die SPD-Fraktion zum Bau der Ersatzstraße für die Schützenstraße (Nord-Süd-Achse)?

Die SPD-Fraktion hat sich mit dem Problem der Nord-Süd-Achse in mehrfachen Besprechungen beschäftigt. Sie kam zu der Auffassung, bei den kommenden Beratungen im Mai folgende Stellungnahme abzugeben:

1. Es muß sichergestellt werden, daß durch den Bau der Ersatzstraße die Lärm- und Umweltbelastung der Anwohner der Schützenstraße erheblich vermindert wird. Die Schützenstraße sollte so wohl im Norden als auch im Süden abgebunden werden, **damit auf dieser Straße kein Durchgangsverkehr mehr möglich ist.** Das gleiche gilt auch für die Wieschenbeck, die an der Schützenstraße oder am Katzenbusch abzubinden ist.

2. Trotz der Abbindungen der Schützenstraße und der Wieschenbeck ist die SPD-Fraktion nicht bereit, die Jägerstraße zum Durchgangsverkehr freizugeben, insbesondere nicht das Stück vom Katzenbusch bis zum Friedhof. Wenn die Nord-Süd-Achse gebaut wird, muß diese den Durchgangsverkehr insgesamt aufnehmen.

3. Die Bürger sind bei Verwirklichung der Nord-Süd-Achse für Grundstücke, Häuser und Anlagen zu entschädigen, wie es durch die Umlegung in der Stadtmitte geschehen ist. Der südliche Bereich bis zur Kaiserstraße ist niveaugleich zu bauen, eine Aufständigung oder Dammschüttung der Straße darf nicht erfolgen. Damit der aus Herten abfließende Verkehr aufgenommen werden kann, sind 3 Anschlüsse zwischen Herten-Süd und Herten-Mitte erforderlich, wobei die Kaiserstraße und Hochstraße anzubinden sind, muß im Bereich nach Herten-Süd zwischen Hoch- und Nimrodstraße überlegt werden, wo ein weiterer Anschluß zweckmäßig erscheint.

Bei der Beratung darf der Bereich von Herten-Süd, Kreuzung Gaststätte Look1 bis zur Gaststätte Brauckmann nicht übersehen werden, da insbesondere hier Parkstreifen und ein flüssiger Verkehrsablauf zu garantieren sind.

4. um festzustellen, inwieweit eine Entlastung für die Bürger der Schützenstraße durch die Nord-Süd-Achse erfolgt, ist für diesen Bereich ein Lärmschutzgutachten durch die Verwaltung in Auftrag zu geben

Des weiteren ist zu prüfen: Aufständigung oder Dammschüttung •Schürmanns-Wiese' und die Auslegung der Bundesbahnbrücke sowie die Weiterführung der Trasse nach der Bundesbahnüberführung.

5. Die an die neue Trasse angrenzenden Grundstücksflächen sollen Wohngebiet bleiben. Begründung der Stellungnahme:

Den Generalverkehrsplan haben die Parteien im Rat gutgeheißen. Diese Entscheidung hat zum Inhalt, daß die Schützenstraße dringend eine Entlastung benötigt.

Bei den Diskussionen ging es darum, die Bürger vor Lärm- und Umweltbelastung zu schützen. Da der Straßenverkehr ständig zunimmt und nach dem Gutachten bis 1990 jedes Jahr ständig mit einer Neuzulassung von 5 - 10 % an Fahrzeugen zu rechnen ist, haben die Politiker die Aufgabe, großzügige Entlastungsstraßen zu bauen, die insbesondere den Durchgangsverkehr aufnehmen und für Lärm- und Umweltschutz Sorge tragen.

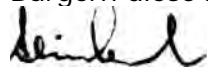
Solche Maßnahmen sind notwendig, um die Gesundheit der Bürger zu schützen.

Die SPD-Fraktion ist nicht der Meinung, daß nur in Herten- Mitte eine neue Trassenführung notwendig ist, wie es von der CDU in einem Pressebericht angedeutet wird, weil auch im **südlichen Bereich der Schützenstraße die Bürger von den bisherigen Lärm- und Umweltbelastungen befreit werden müssen.**

Bei den Beratungen spielte die bisherige Verbindung über die Bundesbahn eine große Rolle, da die Brücke über die Bahn zu schmal ist, die Fußgängerwege angehängen sind und eine Verbreiterung technisch erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Sollte durch höhere Gewalt diese Verbindung entfallen, bevor eine neue Brücke errichtet ist, ergeben sich für den Verkehr aus den Außenbezirken zwischen Innenstadt bzw. von und zur Autobahn erhebliche Konsequenzen.

Der SPD-Fraktion ist bekannt, daß Lärmschutzanlagen auch an der neuen Trasse erforderlich sind. Dieser Lärmschutz kann aber so angebracht werden, daß er die Lärm- und Umweltbelastungen in großem Ausmaß mindert.

Die SPD-Fraktionsmitglieder werden eine Entscheidung in dieser Sache herbeiführen. Diese soll noch vor den Wahlen getroffen werden. Die SPD-Fraktion will in echter Zusammenarbeit mit den Bürgern diese Aufgabe lösen.



Unterschrift Karl Steinhard SPD

Arbeitsplätze - Verkehr

SPD

Mehr + sichere Arbeitsplätze

Die SPD fordert eine sozial-ökologische Verkehrspolitik, die den Individualverkehr zurückdrängt und vorrangig auf die Schaffung von Arbeitsplätzen abzielt.

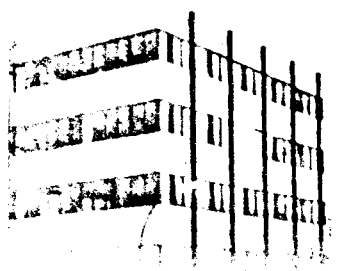
Verkehrspolitik der SPD: Wirtschaftliche und soziale Ziele: Wirtschaftliche Ziele: Bund und Länder müssen aus verantwortlicher Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den Verkehrsverbänden Maßnahmen ergreifen, um Arbeitsplätze zu erhalten und bei der Erzeugung neuer Arbeitsplätze in der Wirtschaft größere Anreize zu setzen. Planung der Wirtschaft: Die SPD fordert eine aktive Wirtschaftspolitik für den öffentlichen und bei der Erzeugung neuer Arbeitsplätze in Bund und Länder nicht locker lassen, wenn es um Entscheidungen für die Zukunft geht.

Die Interaktionskonferenz ist der Anfang

Programm '85

Schon ergriffene Maßnahmen oder verbindliche Planungen beweisen eindeutig unsere Handlungsfähigkeit:

- An siedlung der Rohstofffrückgewinnungsanlage in Herten-Süd (RZR)
- Aufbau eines Industrieparks als Ergänzung hierzu
- An siedlung der Vestischen in Scherlebeck
- Schaffung neuer Arbeitsplätze im Gewerbegebiet Schlägel-und-Eisenstraße.



Bürgernahe Verkehrspolitik

Die Abwägung der Interessen der Autofahrer und der Fußgänger, Radfahrer, Kinder und älteren Mitbürger

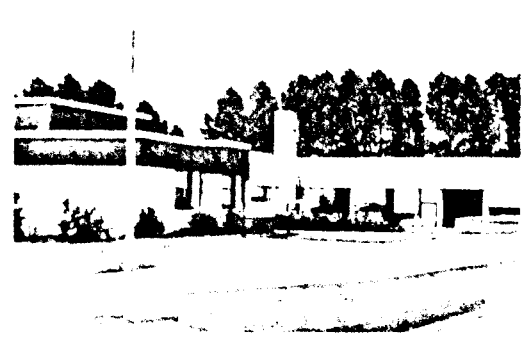
ist eine Kernfrage verantwortungsbewußter Kommunalpolitik. Innerstädtische Straßen und

Plätze müssen weiter vom Individualverkehr entlastet werden.

Der Verkehr ist auf Hauptstraßen zu bündeln. Entsprechende Lärmschutzmaßnahmen müssen verwirklicht werden. Verkehrsberuhigte Zonen sind nach Anhörung und Diskussion mit den Bürgern anzulegen. Der öffentliche Personennahverkehr hat Vorrang vor dem Individualverkehr und ist deshalb zu fördern und zu verbessern.



◀ Schützenstraße - die SPD wird das Problem mit den Bürgern erörtern



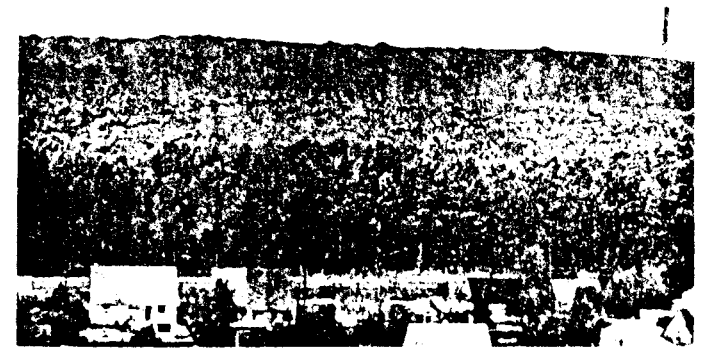
Neuansiedlung im Gewerbegebiet Westerholter Str.



Straße Am Emscherbruch zum RZR.

Umwelt-Schutz für uns in Herten keine Nebensache

Um unsere Umwelt bewohnbar zu erhalten, muß der Umweltschutz eine herausragende Rolle in unserer



Keine neuen Haldenflächen in Herten!

SPD wird daher alles tun, um den Wohnwert in unserer Stadt zu erhalten oder zu verbessern. Es wird in

Dieses Problem ist nur überregional zu lösen. Die Verbesserung der Kontrolle der Luft- und Lärm-

Die soziale Kraft

Programm '85 Verkehr

Die SPD ist für den Vorrang des Wohnens vor der Zügigkeit des Verkehrs und u. a. für folgende Maßnahmen:

- Sicherung der Schulwege und Ausbau eines Radwegenetzes
- Vollendung des Verkehrsringes in der City
- Die Ewaldstraße ist bis

zur Gelsenkirchener Str. auszubauen.

- Die Schützenstraße ist zu entlasten.

Die SPD hat der Stadtverwaltung eine Reihe von Fragen zu den vorliegenden Planungen gestellt, um kritische Punkte des Konzeptes untersuchen zu lassen.

Die SPD wird das Problem mit den Bürgern erörtern.

- Die Scherlebecker Straße darf nicht als Verbindungsstraße durch die Ried geführt werden.
- Verkehrsberuhigende Maßnahmen für die Bachstraße
- Ausbau der Heidestraße nach Norden und Abbinden der Buerer Straße/ Mühlenkampstraße

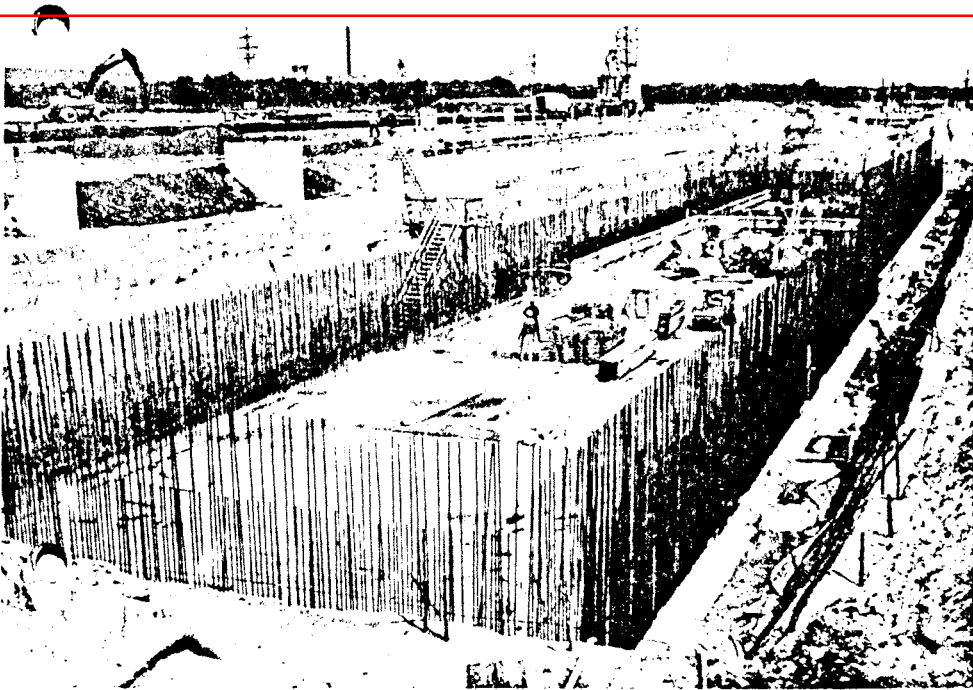
Mehr Lebensqualität durch Verkehrsberuhigung

Das Auto ist aus den Städten nicht mehr wegzudenken. Es gibt den Bürgern viel persönliche Freiheit. Genauso wichtig aber ist auch die Freiheit der Fußgänger, älterer Mitbürger, spielender Kinder und Radfahrer, vor allem in Wohnstraßen.

Hier muß der Verkehr beruhigt werden. Nicht bis in die entlegendsten und ruhigsten Winkel unserer Stadt muß man mit 50 km/h fahren können.

Verkehrsberuhigende Maßnahmen steigern den Lebenswert. Sozialdemokraten werden solche Maßnahmen mit den betroffenen Bürgern diskutieren und dort einführen, wo sie zu einer Verbesserung der Wohnlichkeit und Sicherheit beitragen.

Die SPD wird Konflikte zugunsten der Allgemeinheit nicht aus dem Wege gehen.



Mit dem Rohstoffrückgewinnungszentrum Ruhr (RZR) leistet Herten seinen Beitrag für den Umweltschutz

Wichtige Telefon-Nr.

- | | |
|------------------|---------|
| Notruf: | 110 |
| Feuerwehr: | 112 |
| Polizei Herten: | 33094 |
| Stadtverwaltung: | 303-1 |
| Gewerbeaufsicht: | 2/25035 |



■ Briefadresse: Stadtverwaltung - 45697 Herten ■

**Das Ergebnis, statt Gemeindestraße und Entlastung
nun Durchgangs-Landesstraße L638 mit 15.000 Kfz/Tag**

Herrn
Joachim Jürgens
Schützenstr. 84
45699 Herten

| | | | | |
|--------------------|---------|-----|---------------------|----------------|
| Ansprechpartner/in | Zimmer | 310 | Telefon | Datum 13.12.06 |
| Herr Seidel | Zeichen | | (0 23 66) 303 - 420 | |
| E-Mail | | | Telefax | |
| w.seidel@herten.de | | | (0 23 66) 303 - 229 | |

**Ampelkarten / Umweltzonen
Ihre Mail vom 06.12.2007**

Sehr geehrter Herr Jürgens,

zu den von Ihnen angesprochenen Themen kann ich Ihnen folgendes mitteilen:

Das in Rede stehende Umwidmungsverfahren nimmt seinen ordnungsgemäßen Gang. Insbesondere teile ich nicht Ihre Sorge, Formfehler könnten das Verfahren angreifbar machen. Anders als Sie meinen steht auch die in unserem Hause vertretene Rechtsauffassung in keinerlei Widerspruch zur höchstrichterlichen Rechtsprechung.

Das von Ihnen zitierte Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ist selbstverständlich bekannt, die Relevanz für unser Verfahren erschließt sich mir allerdings nicht auf Anhieb.

Im Hinblick auf Ihre übrigen Ausführungen darf ich Ihnen versichern, dass wir alle Daten, Fakten und Erkenntnisse selbstverständlich berücksichtigen und dementsprechend auch in unsere Überlegungen und Entscheidungen einfließen lassen.

Auch ich wünsche Ihnen eine gesegnete Adventszeit und verbleibe

mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Seidel
Fachbereichsleiter
Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung

1. 9.1.08
Seite 3

Schützenstraßen-Anwohner sind sauer

Von der Umwidmung zur Landesstraße nur durch einen Blick ins Internet erfahren

HERTEN. (sp) Die Schützenstraße ist jetzt Landesstraße. Das erfuhren die mehr als 50 Anwohner, die gegen diese Umwidmung formal Bedenken eingereicht hatten, nicht etwa durch eine Mitteilung der Bezirksregierung Münster, sondern durch einen Blick ins Internet.

„Dabei hatten sie die Bitte geäußert, diese Bedenken im Verfahren auch als Widerspruch zu behandeln“, ärgert sich Hans-Heinrich Holland von der Initiative Pro Hertener Verwaltung zugesagt. Sie bekamen aber lediglich den Eingang bestätigt, aber bis heute keinen inhaltlichen Bescheid.“ Am 4. Januar war im Amtsblatt der Bezirksregie-

runge nachzulesen, dass die vom Hertener Rat gewünschte Umstufung der Schützenstraße ab 1. Januar 2008 rechtlich vollzogen ist.

Die Ewaldstraße soll „im Tausch“ nach dem Willen des Rates Gemeindestraße werden. Die Anwohner der Schützenstraße befürchten dadurch Nachteile und noch mehr Durchgangsverkehr. Holland: „Dagegen ist innerhalb eines Monats noch Klage möglich. Ein Anwohner der Schützenstraße wird Rechtsmittel einlegen.“

Für Hans-Heinrich Holland ist der Vorgang eine üble Überraschung zum Jahresbeginn. „Während die Anlieger der Schützenstraße noch einen Bescheid von der Stadt er-

warten, wurden bereits Fakten geschaffen und niemand ahnt etwas davon. Pro Hertener schaut regelmäßig in Amtsblätter (auch der Bezirksregierung), ansonsten wäre der Vorgang auch nicht aufgefallen.“ Hinzu komme, dass ein weiteres laufendes Verfahren zum Lärminderungsplan bezüglich der Immissionsgrenzwerte in der Schützenstraße bei der Stadtverwaltung anhängig sei. Holland: „Können Bürger inzwischen auf den Rechtsstaat nicht mehr vertrauen? Werden sie von Verwaltungen überhaupt noch zur Kenntnis genommen? Haben sie inzwischen alle Rechte verloren?“ Ohne den Blick ins Internet hätte man nichts erfahren.



Die Schützenstraße ist jetzt eine Landesstraße. Die Umwidmung wurde im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Münster veröffentlicht.

—FOTO: MARTIN PYPLATZ

Kippt die Sanierung der Ewaldstraße?

Schützenstraßen-Anwohner protestieren / Stadtverwaltung bleibt gelassen

SÜD. (BMH) Proteste von Anrainern der Schützenstraße könnten die Umgestaltung der Ewaldstraße gefährden. Doch die Stadtverwaltung bleibt gelassen.

Bekanntlich ist eine Umstufung geplant: Für die Ewaldstraße, bisher Landesstraße, soll künftig die Stadt Herten zuständig sein. Parallel würde die städtische Schützenstraße zur Landesstraße. Zuständig wäre dann der „Landesbetrieb Straßen NRW“.

Das beunruhigt mehrere Anwohner der Schützenstraße. Gegenüber der Stadt beschwerten sie sich seit Jahren über Lärm und Dreck, fordern Lkw-Fahrverbote oder „Tem-

po 30“ – erfolglos. Sie fürchten, künftig noch weniger Gehör zu finden, wenn das Land die Kontrolle übernimmt.

Die Politik hat den Straßentausch abgesegnet. Bis Dezember können nun Einwände vorgebracht werden. Chef-Protestler Joachim Jürgens verteilt zurzeit entsprechende Vordrucke: „30 Leute haben schon unterschrieben.“ Zur Not will Jürgens beim Verwaltungsgericht klagen – das könnte Folgen haben.

Teile der Kanalisation unter der Ewaldstraße sind einsturzgefährdet, müssen kurzfristig saniert werden. Die Stadt will in den betroffenen Bereichen in einem Abwasch die ganze

Straße umgestalten: neue Fahrbahn, Radwege, Parkplätze, Bäume. Letzteres sollte erst 2010 passieren, nun aber vorgezogen werden, um Anliegern und Autofahrern zwei Großbaustellen in kurzem Abstand zu ersparen.

Diese Idee steht nun auf der Kippe. Die Stadt kann die Oberfläche der Ewaldstraße nur dann umgestalten, wenn sie vom Landesbetrieb die Zuständigkeit übernommen hat. Jürgens meint, dies rücke in weite Ferne, wenn sich ein Gericht der Sache annimmt. In diesem Fall dürfte die Stadt nur den Kanal sanieren.

Stadtplaner Wolfgang Seidel sieht das gelassener: Die

jetzige Möglichkeit für Einwände richte sich eigentlich gar nicht an Bürger, sondern an andere Behörden. Und mit der wichtigsten – Straßen NRW – sei man sich einig. Seidel kündigt an, dass alle Protest-Briefe an das Landesverkehrsministerium weitergeleitet werden. Dies verschicke dann aller Voraussicht nach die Ablehnungen.

Einer Klage räumt Seidel keine Chancen ein: „Die würde sicher aus formalen Gründen abgelehnt. Anwohner haben in dieser Sache kein Klagerecht.“ Zeitliche Verzögerungen für die Bauarbeiten befürchtet Seidel durch dieses Procedere nicht.

H.A. - 10.10.07